

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sieht großen Bedarf an Hilfe für Betroffene

„Soziale Auswirkungen sind katastrophal“

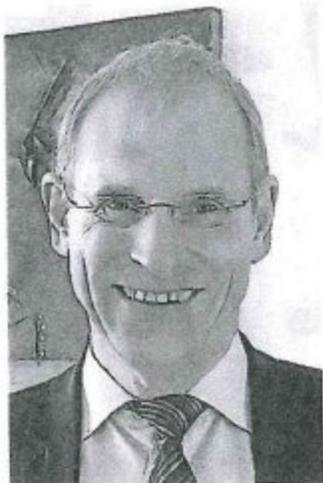
Von Simone Theyßen-Speich

Je länger die Corona-Pandemie und der Lockdown dauern, desto katastrophaler wird die Situation besonders für sozial schwache oder kinderreiche Familien und für Menschen, die von Sucht, Schulden oder anderen existenziellen Problemen betroffen sind. Diese Not-situation stellte gestern die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) in den Mittelpunkt einer digitalen Pressekonferenz.

„Wir blicken dabei nicht nur auf wirtschaftliche Armut, sondern auch auf soziale und Bildungsarmut“, betonte Dr. Christoph Humburg, Der Caritas-Direktor hat den jährlich wechselnden Vorsitz der AGFW von Tina Julia Thiermann, der Geschäftsführerin des Paritätischen Solingen, in diesem Jahr übernommen.

Thiermann skizzierte die besonderen Herausforderungen des vergangenen Jahres für die Nutzer, aber auch die Mitarbeiter der sozialen Einrichtungen und Dienste. Die reichten von immer wieder neuen behördlichen Verordnungen und Hygienebestimmungen über finanzielle Zusatzbelastungen bis zum Aufbau einer Notbetreuung für Kitas und Schulen. „Natürlich haben wir versucht, unsere Beratungsdienste für Familien, für Geflüchtete oder für Langzeitarbeitslose auf digitale Angebote umzustellen, aber das ist nicht in jedem Fall möglich“, so die Geschäftsführerin des Paritätischen. „Mit der Dauer des Lockdowns sind die hohen Belastungen immer deutlicher geworden.“

Dr. Christoph Humburg stellte die besonderen Herausforderungen in der Suchtbera-



Dr. Christoph Humburg, Caritas-Direktor.



Tina Julia Thiermann, Geschäftsführerin des Paritätischen.



Ulrike Kilp, Geschäftsführerin der Diakonie.



Dr. Thorsten Böth, DRK-Kreisgeschäftsführer.



Leonid Goldberg, Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde.



Dirk Wiebenga, Awo-Vorstand.
Archivfotos: Christian Beier

tung dar. „Viele der Klienten werden immer instabiler, entwickeln einen höheren Suchtdruck, weil sie keine Ablenkung haben oder vereinsamen.“ Die Caritas-Suchtberatung sei derzeit „heillos überlastet“, zumal zur Entlastung des städtischen Gesundheitsamtes auch von dort Klienten übernommen worden seien. „Auf der anderen Seite haben

Einrichtungen wie die Suchthilfe geschlossen oder die LVR-Klinik Langenfeld Entgiftungsbetten pandemiebedingt reduziert“, macht er das große Dilemma deutlich.

Große negative Auswirkungen habe die aktuelle Pandemie auch auf die finanzielle Situation, verdeutlicht Ulrike Kilp, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks. „Betrof-

fene sind Menschen, die mit ihren Einnahmen ihre monatlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können.“ Es gebe in der Schuldnerberatung viele Menschen, die Hilfe bräuchten, um etwa bei einer anstehenden Pfändung des Kontos den Eigenbehalt zu sichern. „Aber auch vielen Gewerbetreibenden, Selbstständigen oder Familien, die zuvor

nie etwas mit dem Thema Schulden zu tun hatten, bricht das Einkommen weg. Bei vielen sind die Ersparnisse aufgebraucht“, skizziert Ulrike Kilp.

Die Vertreter der Wohlfahrtsverbände brachten aber auch ihren Dank zum Ausdruck. „Dankbar sind wir vor allen Dingen für das Engagement der vielen Ehrenamtlichen“, so Leonid Goldberg, Vorstand der Jüdischen Kultusgemeinde. „Da unsere Synagoge derzeit geschlossen ist, haben sie zu den Festtagen beispielsweise den Gemeindegliedern Geschenke nach Hause gebracht.“

Land und Bund müssten die Kommunen entlasten

Die Verbandsvertreter befürchten eine weitere Verschärfung der Situation. „Für die Ausfälle, etwa in den Kitas oder im Offenen Ganztage müsste es finanzielle Hilfen geben“, so Kilp. „In vielen Bereichen ist der städtische Haushalt pandemiebedingt zusätzlich betroffen“, betont auch Awo-Vorstand Dirk Wiebenga. „Da müssen Land und Bund die Kommunen entlasten.“

Wohlfahrtspflege

► AGFW: In der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sind Caritas, Diakonisches Werk, Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und die Jüdische Kultusgemeinde zusammengeschlossen, neben der städtischen auch auf bergischer, Landes- und Bundesebene.